



**Aktenzeichen: Pet 1-20-12-9210-011020**

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 26.09.2024 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,  
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

### **Begründung**

Mit der Petition werden bis zum Frühling 2023 ein Zulassungsstopp sowie ein Sonntagsfahrverbot für Elektroautos gefordert.

Zu dieser Thematik liegen dem Petitionsausschuss eine auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlichte Eingabe mit 78 Mitzeichnungen und 42 Diskussionsbeiträgen sowie eine weitere Eingabe mit verwandter Zielsetzung vor, die wegen des Sachzusammenhangs einer gemeinsamen parlamentarischen Behandlung zugeführt wurde. Es wird um Verständnis gebeten, dass nicht auf alle der vorgetragenen Aspekte im Einzelnen eingegangen werden kann.

Zur Begründung des Anliegens wird im Wesentlichen vorgetragen, dass aufgrund der aktuellen Energiekrise es nicht förderlich sei, technologische Entwicklungen voranzutreiben, die den Stromverbrauch im Land erhöhen würden.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die eingereichten Unterlagen verwiesen.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Ansicht zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Zunächst stellt der Petitionsausschuss fest, dass der Anteil der batterieelektrischen Pkw am Strombedarf nur einen sehr geringen Anteil ausmacht. In Deutschland sind ca. 900.000 Elektroautos mit Batterie zugelassen, die einen Gesamtbedarf an Strom von rund 1,93 Terrawattstunden (TWh) im Jahr haben. Der Stromverbrauch in Deutschland



lag im Jahr 2021 bei ca. 565 TWh und im Jahr 2022 bei 484,2 TWh. Der Stromverbrauch ist damit zum Jahr 2022 um vier Prozent gesunken, wohingegen die (Netto-) Stromerzeugung um 0,4 Prozent auf 506,8 TWh gestiegen ist. Batterieelektrische Autos machen damit lediglich einen Anteil von 0,34 Prozent im Jahr 2021 am Stromverbrauch aus.

Deutschland war in den vergangenen Wintern ein Stromexportland und hat eine hohe Versorgungssicherheit. Dies wurde auch von einer Analyse der Gemeinschaft europäischer Übertragungsnetzbetreiber ENTSO-E im Rahmen des sogenannten Winter Monitorings 2022/2023 nachgewiesen. Demnach ist in Deutschland in keinem der untersuchten Szenarien mit Lastunterdeckungen zu rechnen.

Weiterhin haben die vier Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland eine Sonderanalyse zur Versorgungssicherheit in der Elektrizitätsversorgung in dem Winter 2022/23 den sogenannten Stresstest durchgeführt. Dieser Stresstest berücksichtigt insbesondere die Folgen des russischen Angriffskriegs, die daraufhin gestiegenen Energiepreise und auch den möglichen Ausfall russischer Gaslieferungen. Im Ergebnis haben die vier Übertragungsnetzbetreiber Maßnahmen vorgeschlagen, die bereits umgesetzt sind oder gegenwärtig umgesetzt werden. Dazu zählen u. a. die Marktrückkehr von konventionellen Kraftwerken in den Strommarkt, der Streckbetrieb der damals noch verbliebenen Kernkraftwerke und die Höherauslastung von Übertragungsleitungen. Mit diesen Maßnahmen ist weiterhin ein sicherer Betrieb des Elektrizitätsversorgungsnetzes im Winter 2023/2024 auch im Falle sehr kritischer Entwicklungen gewährleistet.

Weiterhin entspräche ein Zulassungsstopp und Sonntagsfahrverbot für Elektroautos nicht den Klimaschutzziele der Bundesregierung.

Daher vermag der Petitionsausschuss aus den dargelegten Gründen keinen parlamentarischen Handlungsbedarf zu erkennen und die Forderung der Petition nicht zu unterstützen. Er empfiehlt im Ergebnis, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.